

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Bernhard Henter und Arnold Schmitt (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

Frühe Hilfen

Die **Kleine Anfrage 949** vom 5. Juli 2012 hat folgenden Wortlaut:

Der Bund hat zur Finanzierung der sog. Frühen Hilfen gemäß dem Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) eine Initiative gestartet. Die zweckgebundenen Bundesmittel betragen 2012: 30 Mio. Euro, 2013: 45 Mio. Euro und 2014 und 2015 jeweils 51 Mio. Euro.

Die Fördermittel werden größtenteils durch die Länder verwaltet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Ist die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern bereits abgeschlossen?
2. Wenn ja, welche Bundesmittel stehen in den Jahren 2012 bis 2015 für das Land Rheinland-Pfalz zur Verfügung?
3. Wie werden die Mittel eingesetzt und wie werden diese an die örtlichen Träger der Jugendhilfe weitergeleitet?
4. Welche Initiativen plant das Land im Bereich „Frühe Hilfen“?
5. Beabsichtigt das Land, von den im Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (BKisSchG) normierten Landesrechtsvorbehalten Gebrauch zu machen?
Wenn ja, in welchem Umfang und mit welchen inhaltlichen Schwerpunkten?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 19. Juli 2012 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Verwaltungsvereinbarung „Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ 2012 bis 2015 gem. § 3 Abs. 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) ist zwischen Bund und Ländern verhandelt worden. Der Bund (Kabinettsbeschluss vom 27. Juni 2012) und die Jugend- und Familienministerkonferenz (Beschluss vom 1. Juni 2012) haben der Vereinbarung zugestimmt. Sie tritt nach Unterzeichnung aller Vertragsschließenden mit Wirkung vom 1. Juli 2012 in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 2015.

Der Ministerrat von Rheinland-Pfalz hat die Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung durch die Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen am 19. Juni beschlossen, sodass sie von Staatsministerin Alt mittlerweile unterschrieben wurde. Entsprechende Beschlüsse wurden auch in den anderen Ländern gefasst. Die Koordination der Unterzeichnung erfolgt zurzeit durch Mecklenburg-Vorpommern.

Zu Frage 2:

Die Mittel der Bundesinitiative werden überwiegend durch die Länder verwaltet. Für die Koordination der Bundesinitiative auf Bundesebene werden im Jahr 2012 1,1 Mio. Euro und in den Jahren 2013 bis 2015 jeweils 4 Mio. Euro vorweg in Abzug gebracht.

Für die Koordination in den Ländern stehen jährlich insgesamt jeweils 2,88 Mio. Euro zur Verfügung. Davon erhalten kleine Länder bis 3 Mio. Einwohner jährlich 120 000 €, mittlere Länder bis 6 Mio. Einwohner 180 000 €, große Länder bis 10 Mio. Einwohner 240 000 € und die Länder über 10 Mio. Einwohner 300 000 €.

Nach dem Vorwegabzug für Bund- und Länderkoordination verbleiben für Maßnahmen im Jahr 2012 26,02 Mio. €, in 2013 38,12 Mio. € und in den Jahren 2014 und 2015 jeweils 44,12 Mio. €. Diese werden nach einem Schlüssel, der sich jeweils zu einem Drittel nach dem Königsteiner Schlüssel, der unter Dreijährigen im SGB II-Leistungsbezug und der Anzahl der unter Dreijährigen berechnet, auf die Länder verteilt.

Für Rheinland-Pfalz stehen aus der Bundesinitiative folgende Mittel zur Verfügung:

	2012	2013	2014	2015
Koordination	180 000 €	180 000 €	180 000 €	180 000 €
Maßnahmen	1 169 580 €	1 713 470 €	1 983 160 €	1 983 160 €
Summe	1 249 580 €	1 893 470 €	2 163 160 €	2 163 160 €

Zu Frage 3:

Die Verwaltungsvereinbarung zur Bundesinitiative sieht Förderschwerpunkte vor:

1. Netzwerke mit Zuständigkeiten für Frühe Hilfen,
2. der Einsatz von Familienhebammen,
3. zusätzliche Maßnahmen zur Förderung Früher Hilfen sowie Ehrenamtsstrukturen und in diese Strukturen eingebundene Ehrenamtliche im Kontext Früher Hilfen.

Das Land fördert den Aufbau von lokalen Netzwerken bereits nach dem Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit mit jährlich rund 1,4 Millionen Euro. Deshalb wird davon ausgegangen, dass mit der Förderung über das Landeskinderschutzgesetz der Aufbau von lokalen Netzwerkstrukturen in den Jugendamtsbezirken im Bereich der Frühen Hilfen bedarfsge- recht umgesetzt ist.

Für die Weiterleitung der Mittel der Bundesinitiative werden auf der Grundlage der in der Verwaltungsvereinbarung aufgeführten Förderschwerpunkte Fördergrundsätze für die Verwendung der Mittel formuliert.

Schwerpunkte in Rheinland-Pfalz werden daher sein:

1. der Einsatz von Familienhebammen in
 - a) Familien
 - b) Geburtskliniken („Guter Start ins Kinderleben“)
2. konkrete Maßnahmen der Kommunen für Frühe Hilfen, auch unter Einbindung von bürgerschaftlichem Engagement.

Die Höhe und die Verteilung der Mittel zwischen den Jugendämtern richten sich in Rheinland-Pfalz nach der Gesamteinwohnerzahl, der Zahl der Kinder unter sechs Jahren und der Zahl der Kinder im Alter von null bis unter drei Jahren im Transferleistungsbezug nach SGB II in den jeweiligen Kommunen im Januar 2012.

Der Einsatz der Familienhebammen in den Geburtskliniken wird über den „Guten Start ins Kinderleben“ realisiert. Für den Einsatz von Familienhebammen als Koordinierungskräfte in den Geburtskliniken können die Träger der Geburtskliniken Zuwendungen erhalten. Die Höhe der Förderung richtet sich nach der Zahl der Geburten in der Geburtsklinik in einem Jahr.

Die Verwaltungsvereinbarung „Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ sieht vor, dass sich die Bewirtschaftung der in den Haushalten der Länder vereinnahmten Mittel nach dem Haushaltsrecht der Länder richtet. Die Weiterleitung der Mittel erfolgt daher im Zuwendungsverfahren nach § 44 Landeshaushaltsordnung.

Die Qualifizierung der Familienhebammen wird ebenfalls über die Bundesmittel finanziert. Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung – Landesjugendamt konzeptioniert und organisiert die notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen. Dies geschieht auf der Grundlage des vom Nationalen Zentrum Frühe Hilfen erarbeiteten und für die Länder verbindlichen Kompetenzprofils.

Beim Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen und beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung werden zur Begleitung und Umsetzung der Bundesinitiative (2012 bis 2015) Personalstellen eingerichtet, die aus dem Sockelbetrag für Koordination, der den Ländern für die Koordination zur Verfügung steht, finanziert werden. Der Ländersockelbetrag für Rheinland-Pfalz beträgt 180 000 € (siehe auch Beantwortung zu Frage 2 [2. Absatz]). Damit werden 2,25 Stellen eingerichtet: eine Stelle im Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen und 1,25 Stellen beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung. Die Zustimmung des Finanzministeriums zur außerplanmäßigen Einrichtung der Stellen liegt schon vor, unter dem Vorbehalt, dass die Bundesmittel kommen.

Zu Frage 4:

Zur Umsetzung der „Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ sind in Rheinland-Pfalz folgende Schwerpunkte vorgesehen:

1. Qualifizierung von Familienhebammen

Für die Familienhebammen hat das Nationale Zentrum Frühe Hilfen ein Kompetenz- und Anforderungsprofil erarbeitet. Dieses geht über die rheinland-pfälzische Fortbildung „Hebammen und andere Gesundheitsberufe beraten Familien“ hinaus. Daher wird auf der Grundlage des vorhandenen Fortbildungskonzeptes – ergänzt durch die fehlenden Elemente aus dem Kompetenzprofil – zunächst eine Nachqualifizierung der bisher geschulten Hebammen und anderer Gesundheitsberufe erfolgen. Ab 2013 soll die Fortbildung auch Hebammen und anderen Gesundheitsberufen offenstehen, die bisher nicht an der Maßnahme „Hebammen und andere Gesundheitsberufe beraten Familien“ teilgenommen haben. Die Fortbildung wird über das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung – Landesjugendamt entwickelt, organisiert und umgesetzt.

2. Einsatz von Familienhebammen in den Familien

Ziel ist die Unterstützung des bedarfsgerechten Einsatzes von Familienhebammen in Familien in den Kommunen. Die Gesamtkoordination des Einsatzes der Familienhebammen in den Familien liegt beim örtlichen Jugendamt. Das Jugendamt schließt hierüber Vereinbarungen mit Familienhebammen, Kliniken, und/oder freien Trägern ab. Die Unterstützung kann schon vor der Geburt beginnen und bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres eines Kindes andauern.

3. Einsatz von Familienhebammen an Geburtskliniken: „Guter Start ins Kinderleben“

Ziel ist die dauerhafte Einführung des Programms „Guter Start ins Kinderleben“ an allen Geburtskliniken. Im Mittelpunkt steht das Erkennen und Aufgreifen eines frühen Förderbedarfs. Wenn Belastungen sich noch nicht zu Krisen verfestigt haben, ist eine niedrigschwellige Unterstützung von Familien besonders erfolgversprechend. Die Geburtskliniken haben hier eine wichtige Brückenfunktion. Sie können einen Hilfebedarf schon früh erkennen und über den Einsatz koordinierender Familienhebammen Familien gezielt in andere Hilfesysteme vermitteln. Für die Geburtskliniken wurde ein Screeningbogen entwickelt, der den beteiligten Geburtskliniken zur Verfügung steht.

4. Förderung von Angeboten der Frühen Hilfen in den Kommunen

In den Kommunen sollen konkrete Angebote zur Förderung Früher Hilfen, insbesondere der Familienbildung entwickelt werden. Für die Konzeptentwicklung und Umsetzung Früher Hilfen in den Kommunen gelten Qualitätsmerkmale (z. B. Bestandteil des lokalen Netzwerks Früher Hilfen und Kinderschutz nach dem Landes- und Bundeskinderschutzgesetz, niedrigschwellige Angebote). Bei der Planung und Umsetzung Früher Hilfen sollen besonders Angebote für die Zielgruppen Kinder psychisch kranker Eltern und Kinder in Familien mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden.

Auch außerhalb der „Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ stehen die Frühen Hilfen im Fokus. Im Rahmen des Landesprogrammes Kita!Plus werden Kommunen bei der Erstellung eines Handlungskonzeptes und der Koordination von Familienbildung im Netzwerk unterstützt, um Familienbildungsangebote in Zusammenarbeit mit freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe sozialraumorientiert an den Orten anzubieten, an denen sich Familien im Alltag aufhalten. Kindertagesstätten sind der ideale Ort, um junge Familien im Alltag ohne zu stigmatisieren und flächendeckend zu erreichen.

Zu Frage 5:

Das Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz) eröffnet in Artikel 1 „Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG)“ an zwei Stellen die Möglichkeit abweichender Regelungen durch Landesrecht.

1. Die Information von (werdenden) Eltern über Leistungsangebote an Beratung und Hilfen in Fragen der Schwangerschaft, Geburt und der Entwicklung in den ersten Lebensjahren soll durch die örtlichen Träger der Jugendhilfe erfolgen, sofern Landesrecht keine andere Regelung trifft (§ 2 Abs. 2 KKG). Eine abweichende Regelung in Rheinland-Pfalz ist nicht geplant, da das Jugendamt über die Kenntnis des örtlich verfügbaren Angebotsspektrums, das von den Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe, von Einrichtungen und Diensten des Gesundheitswesens, der Schwangerenkonfliktberatung und anderen Organisationen vorgehalten wird, verfügt. Davon unabhängig kann sich das Jugendamt zur Wahrnehmung dieser Informationsaufgabe auch Privater und freier Träger bedienen.
2. Die verbindliche Zusammenarbeit im Kinderschutz als Netzwerk soll, sofern Landesrecht keine abweichende Regelung trifft, durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe organisiert werden (§ 3 Abs. 3 KKG). Das rheinland-pfälzische Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit vom 7. März 2008 weist bereits den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe ausdrücklich die Verantwortung zu, die Initiative zu übernehmen, die Bildung lokaler Netzwerke sicherzustellen, hierzu einzuladen und deren Steuerung zu übernehmen.

Irene Alt
Staatsministerin

